

1 DIE LINKE. Berlin  
2 7. Landesparteitag, 1. Tagung  
3 15./16. Dezember 2018

4

5 **Änderungsantrag ÄA 18.1**

6 **Antragsteller\*in:** Landesvorstand

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8 *Ersetze Zeilen 23-26 durch*

9

10 Rot-Rot-Grün in Berlin hat den Kohleausstieg bis spätestens 2030 beschlossen und erfolgreich auf das  
11 Ende der Kohleverbrennung im Kraftwerk Klingenberg hingewirkt. DIE LINKE Berlin fordert den  
12 sofortigen Beginn der Beendigung des Braunkohlelabbaus und der Braunkohleverstromung in  
13 Deutschland. Dieser Ausstieg muss unter Einbeziehung der Betriebsräte und  
14 GewerkschaftsvertreterInnen vor Ort und der Region arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch  
15 begleitet werden. Finanziell ist dieser Prozess durch einen „Strukturwandelfonds Kohleausstieg“ des  
16 Bundes in Höhe von mindestens jährlich 250 Millionen Euro abzusichern. Die Bundesregierung wird  
17 aufgefordert, mit den Betreibern der Braunkohletagebaue und -kraftwerke einen Vertrag mit dem Ziel  
18 abzuschließen, betriebsbedingte Kündigungen in allen Unternehmenssparten zu verhindern.  
19 Angesichts der Altersstruktur der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft sind vorrangig  
20 Instrumente wie Altersteilzeit oder Vorruhestand zu nutzen und mit dem Kohleausstieg verbundene  
21 Lücken bei Einkommen oder Altersbezügen für die Beschäftigten sind angemessen zu schließen.

22 Begründung:

23 erfolgt mündlich